Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VIII/2026/03209**
Datum: 06.10.2026
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Fraktion Die Linke
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.10.2026	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zu den Bewertungskriterien nach dem SMART-Prinzip

Im Zuge der Haushaltskonsolidierung hat die Stadtverwaltung Bewertungskriterien nach dem SMART-Prinzip ausgearbeitet, anhand derer freiwillige Leistungen in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zukünftig bewertet werden sollen. Spricht unter Wirtschaftlichkeits- und Vergleichsaspekten erst einmal nichts gegen Einführung einer solchen ursprünglich aus dem Kontext der Unternehmensberatung stammenden Methode, stellen sich uns unter den maßgeblichen fachlichen und pädagogischen Gesichtspunkten einige Fragen zur Anwendung der SMART-Methode und dem dazugehörigen Kriterienkatalog:

1. Welches Problem soll mit dem neuen SMART-Fragenkatalog gelöst werden, dass durch die bisherigen Anforderungen der Förderrichtlinie, die fachliche Projektbeschreibung und den Verwendungsnachweis nicht ausreichend abgebildet wurde?

2. Auf welcher fachlichen Grundlage hat die Stadtverwaltung entschieden, SMART-Kriterien in dieser Form auf Maßnahmen der sozialen Arbeit anzuwenden? Wurde geprüft, inwieweit die Kriterien für pädagogische, sozialarbeiterische und präventive Angebote fachlich geeignet sind? Weshalb wurde nicht auf alternative, praxisnähere und mit der sozialen Arbeit weitaus kompatiblere Konzepte wie bspw. die GUT-Methode zurückgegriffen?

3. Wurde bei der Entwicklung des Fragenkatalogs die Praxisexpertise der freien Träger, der Wohlfahrtsverbände und der Fachwissenschaft für Soziale Arbeit und Pädagogik einbezogen? Wenn ja, welche Rückmeldungen wurden berücksichtigt?

4. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass durch die geforderte Quantifizierung pädagogische und sozialarbeiterische Prozesse nicht auf leicht zählbare Leistungen reduziert werden, während schwer messbare Wirkungen – etwa Vertrauensaufbau, Selbstwirksamkeit, Beziehungsarbeit oder die Entwicklung von Handlungskompetenz – unberücksichtigt bleiben?

5. Wie bewertet die Stadt den Umstand, dass eine hohe Zahl erreichter Personen nicht zwangsläufig eine höhere fachliche Qualität oder größere Wirkung eines Angebots bedeutet? Wie wird verhindert, dass Angebote mit niedrigeren Fall- oder Nutzerzahlen gegenüber massenhaft erreichbaren Angeboten strukturell benachteiligt werden, obwohl sie für besonders belastete oder schwer erreichbare Zielgruppen möglicherweise eine höhere fachliche Bedeutung haben?

6. Wie verhindert die Stadtverwaltung, dass Antragstellende aufgrund der geforderten SMART-Kriterien Wirkungen versprechen müssen, die sie fachlich weder vollständig steuern noch seriös prognostizieren können?
7. Wie berücksichtigt das SMART-Förderverfahren, dass Präventionsarbeit gerade darauf ausgerichtet ist, zukünftige Problemlagen zu verhindern, deren Eintritt oder Ausbleiben naturgemäß nicht unmittelbar gemessen werden können?

8. Wie soll der „erreichte Anteil der Zielgruppe“ (Frage 13 siehe SMART-Kriterien) belastbar bestimmt werden, wenn bei vielen präventiven und offenen Angeboten keine verlässliche Grundgesamtheit der potenziell erreichbaren Personen besteht?

9. Nach welchen fachlichen Kriterien soll ein sozialer Träger ein „Alleinstellungsmerkmal“ (Frage 22 siehe SMART-Kriterien) nachweisen, wenn soziale Infrastruktur gerade von Kooperation, Ergänzung und arbeitsteiliger Versorgung lebt?

10. Welche fachliche Aussage soll mit der Kennzahl „Kosten je Nutzer“ (Frage 23 siehe SMART-Kriterien) getroffen werden? Wie berücksichtigt die Stadt bei der Bewertung der Kosten je Nutzer den unterschiedlichen fachlichen Aufwand, die Gruppengröße, die Zielgruppe und die Qualität bzw. Intensität der Leistung?

11. Wurde der zusätzliche zeitliche und personelle Aufwand, der durch die Erstellung, Dokumentation und Auswertung der geforderten Kennzahlen bei den freien Trägern entsteht, bei der Einführung des Verfahrens berücksichtigt? Wie stellt die Stadt sicher, dass die für Dokumentation und Kennzahlenerhebung eingesetzten Ressourcen nicht zulasten der eigentlichen pädagogischen und sozialarbeiterischen Arbeit gehen?

12. Wie berücksichtigt das Förderverfahren, dass viele Angebote der sozialen Arbeit keine zeitlich begrenzten Projekte, sondern dauerhaft erforderliche Infrastrukturleistungen sind?

Gez. Katja Müller
Fraktionsvorsitzende